



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39
IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR **10** **FINANZEN**
10.07 **Budget (Archiv Abt. III A. + B.)**

BETRIFFT **Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung des Budgets 2024, mit Festsetzung des Steuerfusses, sowie Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans AFP 2023-2029 / Substantielles Protokoll**

[...]

3. Geschäft-Nr. 2023/041 **Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung des Budgets 2024, mit Festsetzung des Steuerfusses, sowie Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans AFP 2023-2029**

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament mit Beschluss (SRB-Nr. 2023-202) vom 5. Oktober 2023 folgenden Antrag:

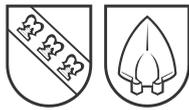
DAS STADTPARLAMENT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND GESTÜTZT AUF ART. 21 ZIFF. 2 DER GEMEINDEORDNUNG

BESCHLIESST:

- Das Budget 2024 über die Aufwendungen und Erträge in der Erfolgsrechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt.

– Erfolgsrechnung	Aufwand	Fr.	134'604'300.-
	Ertrag	Fr.	134'927'300.-
– Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	26'085'000.-
	Einnahmen	Fr.	3'747'000.-
– Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	670'000.-
	Einnahmen	Fr.	0.-
- Es werden keine Einlagen in Vorfinanzierungen oder in Finanzpolitische Reserven getätigt.
- Der Steuerfuss wird für das Jahr 2024 auf 110 % der einfachen Staatssteuer angesetzt.
- Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 323'000.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.
- Vom Aufgaben- und Finanzplan 2023 – 2027 und der Langfristperspektive 2028 - 2029 wird Kenntnis genommen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

6. Gemäss § 10 Abs. 2 lit. a des kantonalen Gemeindegesetzes ist das Referendum gegen diesen Beschluss ausgeschlossen.
7. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Finanzen (dreifach)
 - b. Abteilung Präsidiales, Parlamentsdienst (dreifach)

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die separaten Akten verwiesen.

PLENARDEBATTE

1.1 GRUNDLEGENDES

Der Parlamentspräsident schickt vor der Behandlung dieses Geschäftes einige grundlegende Informationen zum Ablauf voraus.

Nebst den üblichen Formalitäten, wonach Anträge vor Abstimmung jeweils schriftlich der Sitzungsleitung auszuhändigen und bei Wortmeldungen Konto-Nr. und Seitenzahl gemäss dem gedruckten Budget zu erwähnen sind, erläutert der Präsident den vorgesehenen Fahrplan. Die Parlamentsmitglieder finden den Fahrplan bei ihren Unterlagen zum entsprechenden Geschäft bzw. Traktandum elektronisch aufgeschaltet.

Mit Inkraftsetzung der neuen Geschäftsordnung wurde in Art. 64 Abs. 2 GeschO STAPA stipuliert, was durch übergeordnetes Recht vorgegeben ist. Nämlich: Bei der Behandlung des Budgets und der Jahresrechnung, aber auch bei der Behandlung des Geschäftsberichtes und bei Einzel- und Volksinitiativen ist Eintreten obligatorisch. Das Parlament stimmt demnach nicht mehr darüber ab.

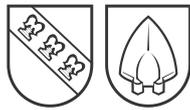
Zur organischen Strukturierung der parlamentarischen Debatte kann gestützt auf Art. 64 Abs. 2 GeschO STAPA dennoch aber eine grundsätzliche Einführungsdebatte und hernach eine Detailberatung geführt werden.

Im Besonderen sei erwähnt, dass die Einführungsdebatte Raum für Voten hinsichtlich grundsätzlicher Aspekte zum Budget bietet, nachdem der Stadtrat Ressort Finanzen den stadträtlichen Antrag und hernach der Präsident der vorberatenden Kommission deren Bericht erläutert hat.

Konkrete Anträge können zwar angemeldet, aber erst in der jeweiligen Detailberatung gestellt werden.

Da die vorberatende Kommission weder Anträge zur Veränderung von Positionen der Erfolgs- noch zur Investitionsrechnung verabschiedet hat, folgt direkt die Detailberatung durch das Plenum.

Zu Beginn wird sogleich über die Korrekturanträge, welche die Rechnungsprüfungskommission in ihrem Bericht bzw. Antrag unter Ziffer 2 erwähnt abgestimmt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

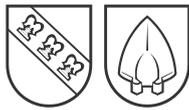
Im darauffolgenden Durchlauf können Einzel-, Partikular- oder Fraktionsanträge durch die Parlamentsmitglieder vorgebracht werden.

1.2 REDEZEITEN

Art. 70 der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes regelt die Redezeiten. Die Geschäftsleitung hat darauf verzichtet, Kürzungen dieser Regelzeiten vorzunehmen und bittet aber dennoch, die zur Verfügung stehenden Sprechzeiten nicht vollends auszuschöpfen.

1.3 ZUM ABLAUF:

1	VORWORT DES PARLAMENTSPRÄSIDENTEN Grundsätzliches zum Ablauf	Richtwerte Redezeit
2	EINFÜHRUNGSDEBATTE Im Rahmen der Eintretensdebatte wird nur zum Budget im Allgemeinen diskutiert. Die konkreten Anträge werden unter Punkt 4 ff. abgehandelt.	
2.1	Referat des Stadtrates Ressort Finanzen	15'
2.2	Referat des RPK-Präsidenten zum Kommissionbericht	15'
2.3	Voten RPK-Mitglieder zur Einführung	5'
2.4	Voten Parlamentsmitglieder zur Einführung	5'
	DETAILBERATUNG	
3	BEHANDLUNG DER RPK-ANTRÄGE ZUM NACHVOLLZUG ÜBERGEORDNETER BESCHLÜSSE Dispositivziffer 1 des Kommissionsberichtes der Rechnungsprüfungskommission vom 14. November 2023	
3.1	Wortmeldungen RPK	5'
3.2	Wortmeldungen Parlament	5'
3.3	Wortmeldungen Stadtrat	5'
3.4	Abstimmung in Globo	
	Keine Anträge der Rechnungsprüfungskommission zu Änderungen der Erfolgsrechnung bzw. der Investitionsrechnung vorliegend	
4	BERATUNG DER ERFOLGSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM Anfrage nach Einzelanträgen – falls sehr zahlreich vorhanden: Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 10 des gedruckten Budgetsets Bei wenigen, vereinzelt Anträgen: Freies Wortbegehren	



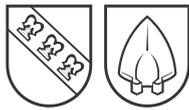
AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811

BESCHLUSS-NR. 2023-39

4.1	Mitglieder STAPA	5'
4.2	Stellungnahme jeweiliges Mitglied des Stadtrates zu den Anträgen	5'
4.3	Abstimmung über den jeweiligen Antrag	
5	BERATUNG DER INVESTITIONSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM Anfrage nach Einzelanträgen – falls sehr zahlreich vorhanden; Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 76 des gedruckten Budgetsets Bei wenigen, vereinzelt Anträgen: Freies Wortbegehren	
5.1	Mitglieder STAPA	5'
5.2	Stellungnahme jeweiliges Mitglied des Stadtrates zu den Anträgen	5'
5.3	Abstimmung über den jeweiligen Antrag	
6	BERATUNG DER ABSCHREIBUNGSTABELLE Seiten 87 / 88	
7	BERATUNG DER VERPFLICHTUNGSKREDITKONTROLLE ab Seite 89	
7.1	Mitglieder STAPA	5'
7.2	Stellungnahme jeweiliges Mitglied des Stadtrates zu den Anträgen	5'
7.3	Abstimmung zu den Anträgen	
8	ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM BUDGET Dispositiv-Ziffer 1 des stadträtlichen Antrages	
9	DISKUSSION ZUM STEUERFUSS	
9.1	Antrag der RPK, vertreten durch deren Präsidenten (Mehr- und Minderheitsanträge)	5' 5'
9.2	Weitere Mitglieder RPK	5'
9.3	Wortmeldungen Mitglieder STAPA	
9.4	Stellungnahme Stadtrat	
10	BEREINIGUNG DER ANTRÄGE ZUM STEUERFUSS Abstimmung gem. Art. 78 GeschO STAPA	
11	ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR FESTSETZUNG DES STEUERFUSSES Dispositiv-Ziffer 3 des stadträtlichen Antrages	
12	KEINE ANTRÄGE ZUR EINLAGE IN VORFINANZIERUNGEN ODER IN DIE FINANZPOLITISCHE RESERVE VORLIEGEND Allfällige Voten oder Anträge Abstimmung zu Dispositivziffer 2 des stadträtlichen Antrages	



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

13	ÜBERTRAG DES ETRAGSÜBERSCHUSSES DER ERFOLGSRECHNUNG INS EIGENKAPITAL	
	(je nach Ausgang der Vordebatte / Abstimmungen)	
13.1	Voten RPK	5'
13.2	Voten Gesamtparlament	5'
13.3	Voten Stadtrat	5'
13.4	Abstimmung über Übertrag	
14	KENNTNISNAHME AFP	
	Allfällige Diskussion	5'
	ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES AFP	
	Dispositiv-Ziffer 5 des stadträtlichen Antrages	
15	SCHLUSSABSTIMMUNG	
	Zum Budget inklusive aller vorgenommenen Änderungen	



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811

BESCHLUSS-NR. 2023-39

1.4 ABSTIMMUNGEN

Abstimmungen erfolgen gemäss Art. 77 ff. der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes. Insbesondere sei auf das Vorgehen für den Fall hingewiesen, sollten zu einer Sache oder Position mehr als zwei gleichrangige Änderungsanträge vorliegen. Art. 78 der neuen Geschäftsordnung regelt die diesbezügliche Handhabung wie folgt:

Art. 78

¹ Das Präsidium erläutert die Anträge und das vorgesehene Abstimmungsverfahren. Werden Einwendungen gegen das Abstimmungsverfahren erhoben, entscheidet das Parlament.

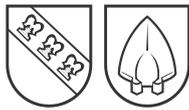
² Hauptantrag ist der Antrag des Stadtrates.

³ Verfahrensanträge werden vor Anträgen zum Inhalt der Vorlage behandelt.

⁴ Verfahrensanträge Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Änderungs- oder Hauptanträge vor (Anträge, die sich gegenseitig ausschliessen), werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Parlamentsmitglied nur für einen Antrag stimmen darf. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag verbleibt. Über diesen wird in der Schlussabstimmung abgestimmt.

Gleichgeordnete Anträge

Der Parlamentspräsident erkundigt sich beim Plenum, ob dieses zum erläuterten Vorgehen Wortmeldungen wünscht. Dem Schweigen des Parlamentskörpers ist zu entnehmen, dass das Vorgehen somit auf allgemeine Akzeptanz stösst.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

2 EINFÜHRUNGSDEBATTE

2.1 REFERAT DES FINANZVORSTANDES

Stadtrat Philipp Wespi, FDP, gibt zu Händen des Kollegiums die wesentlichen Bestandteile und Fakten zum Budget 2024 wieder.

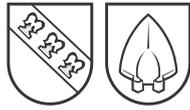
Für sein Referat bedient sich Stadtrat Wespi zur Illustration seiner Ausführungen einer visuellen Projektion, welche sich im Anhang zu diesem Protokoll findet. Zusammenfassend gewährt er einen Überblick über die Eckdaten und die wichtigsten Kennzahlen.

	BU2024	BU2023	ABW. ZU BU23
Ressourcenausgleich (gebucht)	24.1	24.7	-0.6
Aufwand (-) / Ertragsüberschuss (+)	+0.6	+0.7	-0.4
Planmässige Abschreibungen (ohne EWB)	5.7	5.5	+0.3
Investitionen VV (netto ohne EWB)	18.1	17.0	+1.1
Selbstfinanzierung	6.1	6.1	+0.0
Selbstfinanzierungsgrad	33 %	36 %	-3

Zu den übrigen Kennzahlen und finanztechnischen Details wird auf die umfangreiche Antragschrift des Stadtrates verwiesen.

Stadtrat Wespi zieht folgendes Résumé:

- Starkes Kostenwachstum durch höhere Personalkosten (Teuerungsausgleich) sowie Bildung.
- Mehraufwand Abt. Bildung (+ 15% od. Fr. 5.0 Mio.), wegen höherer kantonaler Lohnkostenanteile Volksschule, mehr Klassen, höheren Beiträgen an die Mittelschulen sowie weiterhin stark wachsende Kosten in der Sonderschulung.
- «Schwarze Null» nur dank hohem Ressourcenausgleich, höheren ordentlichen Steuereinnahmen und Grundstückgewinnsteuern (Fr. 10 Mio.).
- Selbstfinanzierung (= Cashflow) mit Fr. 8.2 (Gesamthaushalt) bzw. Fr. 6.1 (Steuerhaushalt) unterhalb Zielband (Fr. 7 – 10 Mio.).
- Sehr hohes Investitionsprogramm 2024 – 2027 führt zu Schuldenwachstum und schlechteren Kennzahlen. Investitionen sind danach zu drosseln, um Schulden wieder abzubauen. Prognostizierte Überschreitung einer von zwei Vorgaben der Schuldenbremse im Verlauf 2025 oder 2026.
- Hochrechnung 2023: um Fr. 4 – 5 Mio. verbessertes Ergebnis.
- Beibehaltung Steuerfuss (110 %), je nach Entwicklung der geplanten Investitionen ist zu deren Finanzierung künftig eine Erhöhung notwendig (Finanzplan: 113 % ab 2025).



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

2.2 REFERAT DES RPK-PRÄSIDENTEN THOMAS HILDEBRAND, FDP

Parlamentsmitglied Thomas Hildebrand, FDP, präsentiert in dessen Funktion als Präsident der Rechnungsprüfungskommission die Beurteilung der Sachlage aus deren Blickwinkel. Dazu wird auf den schriftlichen Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum Geschäft verwiesen.

2.3 VOTEN WEITERER MITGLIEDER RPK

2.3.1 PARLAMENTS MITGLIED ARIE BRUININK, GRÜNE

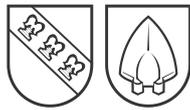
Arie Bruinink, Grüne, stellt in seinem Eintretensvotum die Einnahmen- und Ausgabeseiten des städtischen Finanzhaushaltes einander gegenüber und verweist auf Faktoren, die diese beiden Seiten wesentlich beeinflussen. Die detaillierten Inhalte ergeben sich aus der Präsentationsunterlage im Anhang zu diesem Protokoll, die Arie Bruinink zur visuellen Untermalung und Illustration seines Votums verwendet.

2.3.2 DOMINIK MÜHLEBACH, SP

Dominik Mühlebach, SP, weist auf die aufwandseitig signifikante Erhöhung um 10 Millionen Franken im Vergleich zum Vorjahr hin. Dieser Effekt vermöge zu irritieren, sei jedoch wesentlich durch externe Faktoren bestimmt. Es sei daher hervorzuheben, dass Teuerung, steigende Löhne, die höhere Asylquote, der Ukraine-Konflikt und weitere Ereignisse bedeutsam auf den öffentlichen Haushalt einwirken, ohne dass die Stadt diese exogenen Faktoren selbst aktiv beeinflussen kann.

Erfreulich sei es, festzustellen, wonach Massnahmen des Schwerpunktprogrammes nun langsam aber sicher auch im Budget durchzuschimmern vermögen. Dominik Mühlebach nennt etwa das Angebot zur Quartierarbeit, die Schulraumerweiterung, die Erarbeitung und Umsetzung einer Klimastrategie, die Aufwertung der Fussball-Wiese, Digitalisierung, usw. Das Stadtparlament kenne die Inhalte des Legislaturprogrammes, weshalb die Verwunderung zu den entsprechenden Kosten, welche die Umsetzung nach sich zieht, nicht von allzu grosser Dauer sein dürfte. Derweil präsentiere sich der Selbstfinanzierungsgrad mit 33 % auf sehr tiefem Niveau - die Aufnahme von Fremdkapital sei angesichts der aktuellen Zinssituation mit Bedacht zu erwägen; insbesondere wenn man sich vor Augen führe, dass die in den Vorjahren dank ausserordentlichen Erträgen aus den Grundstückgewinnsteuern eingetretenen Sondereffekte bald einmal aussetzen dürften.

Die SP-Fraktion verzichtet sowohl auf Erhöhungs- bzw. Streichungsanträge und ersucht das Parlament um Genehmigung.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

2.4 VOTEN WEITERER MITGLIEDER STADTPARLAMENT

2.4.1 PARLAMENTSMITGLIED DANIEL HUBER, SVP

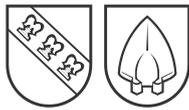
Daniel Huber, SVP, zeigt sich namens seiner angeschlossenen Fraktion über das ausgewogene Budget erfreut. Ein Blick in die Vergangenheit offenbare aber, dass das städtische Budget im Jahre 2010 noch rund 100 Millionen Franken umfasste. Selbstverständlich ereignete sich in den vergangenen Jahren Wegweisendes wie beispielsweise der Gemeindegemeinschaft mit Kyburg und auch der SVP-Fraktion sei die gestiegene Teuerung bekannt; dennoch wuchs der Finanzaushalt nach Auffassung der SVP-Fraktion überproportional an. Die Mehreinnahmen würden sich nicht mehr mit den Mehrausgaben decken. Befänden sich mehr finanzielle Mittel in der Kasse, gehe die Stadt dazu über, entsprechend mehr davon auszugeben. Das Budget umfasse in einigen Positionen nach Auffassung der SVP-Fraktion auch Wunschbedarf, allenfalls gar Luxus. Das Parlament sei gehalten, die Zügel wieder vermehrt in die Hand zu nehmen und seine Mitsprachemöglichkeit verstärkt auszuüben. Anstatt dem Parlament nun aber Streichungsanträge zu Positionen zu unterbreiten, werde die SVP-Fraktion bei Positionen der Investitionsrechnung Anträge zur Setzung von Sperrvermerken einbringen. So könne investiert werden, was zwingend notwendig sei und darüber debattiert und entschieden werden, was Wünschbarem entspreche. Die SVP-Fraktion verzichte ferner darauf, Anträge zur Änderungen zum beantragten, gleichbleibenden Steuerfuss zu unterbreiten.

2.4.2 PARLAMENTSMITGLIED MATTHIAS MÜLLER, MITTE

Matthias Müller, Mitte, stellt fest, wonach das Budget 2024 zwei Punkte glasklar aufzeige: So gelte es einerseits, in die städtische Infrastruktur und andererseits in den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu investieren. Menschen mit besonderen Bedürfnissen, wie Pflegebedürftige, Betagte, Schutz- und Asylsuchende, Kinder und Jugendliche seien insbesondere auch auf finanzielle Solidarität angewiesen.

Das Budget zeige aber auch einen anderen Aspekt: Die Solidarität bleibe nur dann bezahlbar, wenn sie nicht vorschnell an den Staat delegiert werde. Auf die demografische Entwicklung und die geopolitischen Zwänge könne die Stadt lediglich reagieren und nicht agieren. Einen Weckruf müssten daher die stark steigenden Kosten für die Schulsozialarbeit, die Sonderschulung, Schulassistenzen und Therapien darstellen – bekanntermassen ein schwieriges Thema; ihm zu begegnen stehe ein komplexes Unterfangen dar. Die Schule, auch das sei bekannt, sei und bleibe einer der grössten Budgetposten auf kommunaler Ebene. Es lohne sich daher nicht nur auf die Zahlen zu schauen, sondern sich auch die Fragen zu stellen, wie sie zu Stande kommen. Eltern würden immer noch die Hauptverantwortung für die sprachliche, motorische und emotionale Förderung ihrer Kinder tragen; diese könne nicht an das Gemeinwesen delegiert werden.

Die Mitte-Fraktion schliesse sich in ihrer Würdigung insgesamt der Rechnungsprüfungskommission an und unterstütze deren Anträge. Zur Festsetzung des Steuerfusses folge sie der RPK-Mehrheit.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

2.4.3 PARLAMENTSMITGLIED LUC JACQUAT, SVP

Luc Jacquat, SVP, wünscht zum Votum des Vorredners und Fraktionskollegen Daniel Huber zu ergänzen, dass die SVP-Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission, Yves Cornioley und er, während der gesamten Phase der Vorberatung des Budgets, die Setzung der Sperrvermerke gutgeheissen und befürwortet hätten. Beide seien der Meinung, wonach die Sperrvermerke keinen grundlegenden Schaden anrichten; sie erschliessen dem Parlament die Möglichkeit, gewisse Budgetposten erneut zu erwägen und zu diskutieren. Luc Jacquat legt diesen Gedanken die Überlegung zu Grunde, wonach zuerst der Gürtel enger geschnallt werden soll, bevor darüber nachgedacht werden, mehr Steuergelder einzufordern.

2.4.4 THOMAS HILDEBRAND, FDP

Thomas Hildebrand, FDP, merkt im Sinne einer technischen Information an, die er zuvor mit dem Parlamentssekretären noch geklärt habe, wonach Sperrvermerke nur dort gesetzt werden können, wo Ausgaben in der Investitionsrechnung als gebunden deklariert seien und von ihrer Höhe her in die Kompetenz des Stadtparlamentes fallen.

DETAILBERATUNG

Der Parlamentspräsident leitet nach der gewalteten Einführungsdebatte zur Detailberatung über.

3. BEHANDLUNG DER RPK-ANTRÄGE ZUM NACHVOLLZUG ÜBERGEORDNETER BESCHLÜSSE

In ihrem Kommissionsbericht unterbreitet die Rechnungsprüfungskommission dem Stadtparlament einen Antrag, wonach das Budget infolge zwischenzeitlicher erfolgter und übergeordneter Beschlüsse anzupassen bzw. zu korrigieren ist.

KONTONUMMER	KONTOBEZEICHNUNG	BETRAG IN FR.	BEGRÜNDUNG
301011/1550	Teuerungszulage Verwaltungspersonal	+30'000.-	Budgetiert wurde eine Teuerungszulage von 1.5 %, vom Regierungsrat beschlossen wurden 1.6 %. Dieser Entscheid ist für die Stadt massgebend. Differenz: Mehrkosten von Fr. 30'000.-.
361111/3100	Teuerungszulage Lohnkostenanteile Kanton	-105'000.-	Budgetiert wurde gemäss Weisung des Kantons eine Teuerungszulage von 2.2 %, vom Regierungsrat beschlossen wurden 1.6 %. Differenz: Minderkosten von Fr. 105'000.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811

BESCHLUSS-NR. 2023-39

Der Parlamentspräsident erkennt nach entsprechender Rückfrage aus dem Plenum keinen Diskussionsbedarf. Er macht dem Stadtparlament beliebt, in Globo über die an diversen Positionen im Budget 2024 zu korrigierenden Werte abzustimmen. Stillschweigend erklärt sich das Stadtparlament mit diesem Vorgehen einverstanden.

ABSTIMMUNG

Das Stadtparlament heisst den Antrag der Rechnungsprüfungskommission mit grossem Mehr gut.

4. BERATUNG DER ERFOLGSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM

In Umsetzung der durch das Parlament eingangs gutgeheissenen Vorgehensweise, wonach die Behandlungsreihenfolge nun die Beratung der übrigen Positionen der Erfolgsrechnung durch das Plenum vorsieht, leitet der Parlamentspräsident die entsprechende Detailberatung ein.

Dazu ist zunächst vorgesehen, sämtliche Kontogruppen, Seite für Seite des gedruckten Budgets, abzufragen. Eine Anfrage beim Parlament zeigt aber, dass sich aus den Reihen des Parlamentes kein Redebedarf zu den Positionen der Erfolgsrechnung ergibt.

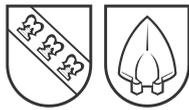
Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

5. BERATUNG DER INVESTITIONSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM

In Umsetzung des durch das Parlament eingangs gutgeheissenen Vorgehens, wonach die Behandlungsreihenfolge nun die Beratung der übrigen Positionen der Investitionsrechnung durch das Plenum vorsieht, leitet der Parlamentspräsident die entsprechende Detailberatung ein.

Dazu ist zunächst vorgesehen, sämtliche Kontogruppen, Seite für Seite des gedruckten Budgets, abzufragen. Eine Anfrage beim Parlament zeigt aber, dass sich aus den Reihen des Parlamentes kein Redebedarf zu den Positionen der Erfolgsrechnung ergibt.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

6. BERATUNG DER ABSCHREIBUNGSTABELLEN

Ausser der Bemerkung *des Parlamentspräsidenten*, wonach aufgrund der erfolgten Beschlüsse sich nun auch das nachfolgende Zahlenmaterial entsprechend ändern kann, folgt keine weitere Diskussion zur Abschreibungstabelle.

7. BERATUNG DER VERPFLICHTUNGSKREDITKONTROLLE

ANTRÄGE SVP-FRAKTION ZUR SETZUNG VON SPERRVERMERKEN

Roman Nüssli, SVP, stellt namens der angeschlossenen Fraktion die Anträge, folgende zwei Positionen der Investitionsrechnung mit einem Sperrvermerk zu versehen:

KONTO	BEZEICHNUNG	BETRAG IN FR.	BEWILLIGENDE BEHÖRDE	KOMMENTAR RPK
3150.5060.008	Laptops Ersatzbeschaffung Lehrpersonen	210'000.-	geb. Ausgabe	Wenn möglich Einzelbeschaffung resp. Beschaffung nur wenn nicht mehr funktionstüchtig (Stichwort nachhaltige Beschaffung)
4100.5040.007	Sanierung Kunstrasenplatz	400'000.-	geb. Ausgabe	Gemäss der Rechnungsprüfungskommission ist dieser Platz noch in einem guten Zustand und könnte auch einige Jahre später saniert werden. Eine längere Nutzungsdauer reduziert die Kosten über die Jahre.

Die Ausgaben würden durch die Fraktion nicht grundsätzlich bestritten; die Frage sei allerdings berechtigt, ob nun der richtige Zeitpunkt sei, diese Ausgaben zu tätigen. Das Parlament solle hierüber nochmals debattieren und im Rahmen separater Vorlagen einen Entscheid fassen.

Zum Antrag zur Setzung eines Sperrvermerks bei der Position 3150.5060.008, Laptops Ersatzbeschaffung Lehrpersonen, wünscht aus dem Parlament niemand das Wort zu begehren.

ABSTIMMUNG SPERRVERMERK POSITION 3150.5060.008 LAPTOPS ERSATZBESCHAFFUNG LEHRPERSONEN

Das Parlament lehnt den Antrag mit 21 : 9 Stimmen ab.
Die Position verbleibt unverändert.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811

BESCHLUSS-NR. 2023-39

Zum Antrag zur Setzung eines Sperrvermerks bei der Position 3150.5060.008, Laptops Ersatzbeschaffung Lehrpersonen, wünscht aus dem Parlament niemand das Wort zu begehren.

ABSTIMMUNG

SPERRVERMERK POSITION 4100.5040.007

SANIERUNG KUNSTRASENPLATZ

Das Parlament lehnt den Antrag mit 16 : 11 Stimmen bei drei Enthaltungen ab.
Die Position verbleibt unverändert.

8. ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM BUDGET

DAS STADTPARLAMENT

gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von Art. 21 Ziff. 2 der Gemeindeordnung

BESCHLIESST:

Das Budget 2024 wird unter Berücksichtigung sämtlicher vorstehend beschlossenen Änderungen gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 5. Oktober 2023 genehmigt.

Der Beschluss kam mit Einstimmigkeit zu Stande.

9. DISKUSSION ZUM STEUERFUSS

Namens der Rechnungsprüfungskommission gibt deren *Präsident, Thomas Hildebrand, FDP*, bekannt, dass sich das vorberatende Gremium nicht auf eine einheitliche Empfehlung verständigen konnte und dem Gesamtparlament zwei Anträge unterbreitet:

ANTRAG RPK-MEHRHEIT (ANALOG ZUM ANTRAG DES STADTRATES):

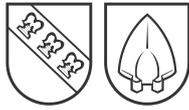
Beibehaltung des Steuerfusses bei 110 %)

ANTRAG RPK-MINDERHEIT (115 %)

Erhöhung des Steuerfusses um 5 Prozent-Punkte auf 115 %

Zum Mehrheitsantrag spricht Kommissionspräsident Thomas Hildebrand, FDP. Für die detaillierten Ausführungen wird auf den schriftlichen Bericht der Rechnungsprüfungskommission verwiesen.

Zum Minderheitsantrag spricht Kommissionsmitglied Arie Bruinink, Grüne. Für die detaillierten Ausführungen wird einerseits auf den schriftlichen Bericht der Rechnungsprüfungskommission verwiesen, andererseits liegt dem Protokoll jene Präsentationsunterlage bei, die Arie Bruinink zur Untermalung und Illustration seines Votums verwendet hat.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

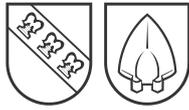
GESCH.-NR. 2022-0811

BESCHLUSS-NR. 2023-39

9.1 VOTEN AUS DEM PARLAMENT ZUM STEUERFUSS

9.1.1 PARLAMENTSMITGLIED KATHARINA MORF, FDP

Katharina Morf, FDP, zeigt sich irritiert, wonach Arie Bruinink in seiner Präsentation etwa auch die Erhöhung von Schulgeldern beim Berufsvorbereitungsjahr BVJ oder der Tarife für die Kindertagesstätten als Massnahme für ein mögliches Sparpaket im Jahre 2028 angeführt hatte. Das komme schlichter Angstmacherei gleich und sei völlig unangebracht. Dieses Szenario entspreche nicht der Realität.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811

BESCHLUSS-NR. 2023-39

9.1.2 PARLAMENTSMITGLIED ARIE BRUININK, GRÜNE

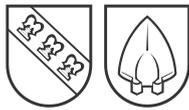
Arie Bruinink, Grüne, verwehrt sich des Vorwurfes seiner Vorrednerin Katharina Morf. Es handle sich eben nicht um Angstmacherei – das Szenario entbehre grundsätzlich nicht eines gewissen Realitätsaspekts. Wenn nicht jetzt beim Steuerfuss angesetzt werde, passiere das, was bereits mit dem seinerzeitigen Sparpaket im Jahre 2014 vollzogen worden sei. Jenes umfasste leider insbesondere Abstriche bzw. Erhöhungen von Gebühren und Tarifen zu den erwähnten Punkten.

9.1.3 PARLAMENTSMITGLIED MARKUS ANNAHEIM, SP

Markus Annaheim, SP, sieht grosse Herausforderungen auf das öffentliche Gemeinwesen zukommen. Die gesellschaftlichen Anforderungen und Herausforderungen seien enorm. Sie kommen in Gestalt der demografischen Entwicklung, aber auch mit den in der Debatte bereits erwähnten exogenen Faktoren daher. Rein nach finanztechnischen Daten betrachtet, sei die Finanzierung aller Vorhaben aktuell noch gewährleistet – am Horizont würden sich nun aber Gewittertürme erheben. Die Stadt sei gut beraten, Vorschub zu leisten und den Steuerfuss bereits jetzt, nachhaltig auf 115 % zu erhöhen.

9.1.4 PARLAMENTSMITGLIED UELI KUHN, SVP

Ueli Kuhn, SVP, gibt bekannt, wonach die SVP-Fraktion sich dafür einsetze, den Steuerfuss bei 110 % zu belassen. Es könne nicht angehen, dass sich die linksgrüne Seite der Diskussion zu Positionen, welche am heutigen Abend mit Sperrvermerken hätten versehen werden sollen, verweigere und damit eine Gelegenheit verpasse, ebenso einen Sparwillen an den Tag zu legen. Ohne Not, werde nun ein Antrag nach Lust und Laune auf Erhöhung des Steuerfusses gestellt. Noch vor einem Monat, forderte eine Motion von ebenjener Seite eine Reduktion der Eintrittspreise beim Sportzentrum, um der Bevölkerung mit bevorzugenden Einheimischen-Tarifen «etwas» zurückzugeben. Nun zerschlage man dieses edle Ansinnen mit einer fünfprozentigen Erhöhung des Steuerfusses. Das sei weder fair noch gerechtfertigt und Zeugnis einer verfehlten Politik.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

9.1.5 PARLAMENTSMITGLIED MATTHIAS MÜLLER, MITTE

Matthias Müller, Mitte, teilt die Auffassung, wonach sich die finanzielle Lage wohl angespannt, aber sicherlich nicht derart prekär präsentiere, wie sie nun gewisse Exponentinnen und Exponenten in ihrem Schreckensbild gezeichnet hätten.

Der Stadtrat verfüge über genügend Sachverstand, Weitsicht und Instrumente, um den Steuerfuss nicht auf Vorrat, sondern in den Folgejahren moderat anzuheben – nichts anderes sei im Aufgaben- und Finanzplan vorgesehen und ausgewiesen. Die in der Gemeindeordnung verankerte Schuldenbremse tue das ihrige, um Sparpakete, wie sie dereinst angesetzt werden mussten, zu verhindern. Damals schien der finanzielle Kompass zugegebener Massen nicht sehr gut justiert gewesen zu sein, mittlerweile habe aber auch der Stadtrat seine Lektionen gelernt.

Die Mitte-Fraktion ersucht das Gesamtparlament, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen und den Steuerfuss unverändert bei 110 % zu belassen.

9.1.6 PARLAMENTSMITGLIED RALF ANTWEILER, GLP

Ralf Antweiler, GLP, gibt bekannt, wonach auch die GLP-Fraktion sich für die Beibehaltung des Steuerfusses bei 110 % ausspricht.

9.1.7 PARLAMENTSMITGLIED THOMAS SCHUMACHER, SVP

Thomas Schumacher, SVP, ersucht das Stadtparlament, dem Stadtrat das Vertrauen in dessen Finanzpolitik auszusprechen. In den vergangenen Jahren schloss die städtische Rechnung meist «unerwartet» besser ab als prognostiziert. In einem Jahr präsentiere sich die Sachlage wieder in einem anderen Licht, solange möge man nun zuwarten und den Steuerfuss bei 110 % belassen.

9.1.8 PARLAMENTSMITGLIED SIMON BINDER, SVP

Simon Binder, SVP, kann sich nicht vorstellen, dass die Bevölkerung einen Beschluss des Stadtparlamentes – nicht zuletzt stelle dieses die Volksvertretung dar – nachvollziehen könne bzw. gutheissen würde, der eine Erhöhung des Steuerfusses, sozusagen auf Vorrat, vorsehe. Die Stadt verbuche Millionengewinne, während auf der anderen Seite in jüngster Vergangenheit durch das Parlament kein grosser Ausgabeposten mehr beschlossen wurde. Es sei wichtig, dass die Einwohnerinnen und Einwohner nachvollziehen können, wofür sie Steuergelder entrichten und sie somit also aktuell noch motiviert seien, Steuern zu bezahlen. Stossend falle allerdings in Betracht, wonach der aktuelle Antrag sogar um 2 % über dem einstigen Mass von 113 % liege.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811

BESCHLUSS-NR. 2023-39

9.1.9 PARLAMENTSMITGLIED MARKUS ANNAHEIM, SP

Markus Annaheim, SP, verkehrt in Kreisen, auch ausserhalb seiner «Bubble», wie er es nennt, wo Leute ihn mit Sorge auf die kommenden Herausforderungen ansprechen. Dabei komme auch zum Ausdruck, dass diese Bereitschaft signalisieren, verstärkt zum Steuersubstrat beizutragen. Der Spielraum um Sparmassnahmen umzusetzen erweise sich als zu marginal. Die Kosten werden durch Faktoren getrieben, welche die Stadt nicht alleine beeinflussen könne. Die Stadt könne dieser Situation lediglich mit einer Erhöhung des Steuerfusses begegnen. Die verankerte Schuldenbremse werde nicht mit Garantie vor einem Sparpaket bewahren; selbst wenn der Stadtrat seines Zeichens selbst gedenkt, dereinst einen Antrag um Steuerfusserhöhung zu stellen. Während der Stadtrat sich zögerlich gebart, erachtet die SP-Fraktion es als legitim, diesen Antrag bereits jetzt zu unterbreiten; die Stadt werde in Zukunft ansonsten noch höhere Steuerfüsse als 115 % sehen, äussert sich Markus Annaheim überzeugt.

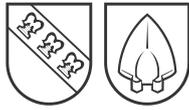
9.1.10 PARLAMENTSMITGLIED DANIEL HUBER, SVP

Daniel Huber, SVP, stellt fest, wonach sich die Diskussion wohl allmählich erschöpft habe und keine neue Argument mehr in die Diskussion getragen würden.

10. BEREINIGUNG DER ANTRÄGE ZUM STEUERFUSS

Die Abstimmungen erfolgen gemäss Art. 77 ff. der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes. Insbesondere sei auf das Vorgehen für den Fall hingewiesen, sollten zu einer Sache oder Position mehr als zwei gleichrangige Änderungsanträge vorliegen. Art. 78 der neuen Geschäftsordnung regelt die diesbezügliche Handhabung wie folgt:

Art. 78	<p>¹ Das Präsidium erläutert die Anträge und das vorgesehene Abstimmungsverfahren. Werden Einwendungen gegen das Abstimmungsverfahren erhoben, entscheidet das Parlament.</p> <p>² Hauptantrag ist der Antrag des Stadtrates.</p> <p>³ Verfahrensanträge werden vor Anträgen zum Inhalt der Vorlage behandelt.</p> <p>⁴ Verfahrensanträge Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Änderungs- oder Hauptanträge vor (Anträge, die sich gegenseitig ausschliessen), werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Parlamentsmitglied nur für einen Antrag stimmen darf. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag</p>	Gleichgeordnete Anträge
---------	--	-------------------------



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

verbleibt. Über diesen wird in der Schlussabstimmung abgestimmt.

Im Raum stehen nach wie vor die folgenden Anträge:

ANTRAG RPK-MEHRHEIT (ANALOG ZUM ANTRAG DES STADTRATES):
Beibehaltung des Steuerfusses bei 110 %)

ANTRAG RPK-MINDERHEIT (115 %)
Erhöhung des Steuerfusses um 5 Prozent-Punkte auf 115 %

11. **ABSTIMMUNG ZUM STEUERFUSS** AUF BASIS VON ZIFFER 3 DES STADTRÄTLICHEN BESCHLUSSESANTRAGES

DAS STADTPARLAMENT

gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von Art. 21 Ziff. 3 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Steuerfuss wird für das Jahr 2024 auf 110 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Der Antrag, wonach der Steuerfuss auf 110 % der einfachen Staatssteuer festzusetzen sei, vereinigt 21 Stimmen, jener für 115 % 9 Stimmen auf sich. Damit verbleibt der Steuerfuss bei 110 %. Eine Schlussabstimmung zum Steuerfuss findet nicht statt, da ansonsten die Gefahr bestünde, keinen solchen festzulegen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

12. EINLAGE VORFINANZIERUNG / FINANZPOLITISCHE RESERVE AUF BASIS VON ZIFFER 2 DES STADTRÄTLICHEN BESCHLUSSESANTRAGES

Der Stadtrat stellt keinen Antrag Einlagen in Vorfinanzierungen oder in die finanzpolitische Reserve zu tätigen. Auch die vorberatende Rechnungsprüfungskommission stellt dazu keine Anträge. In der Folge wird auch das Wort nicht zur Diskussion gewünscht.

DAS STADTPARLAMENT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von Art. 21 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Auf die Einlage in Vorfinanzierungen bzw. in die finanzpolitischen Reserven wird verzichtet.

Der Beschluss kam mit Einstimmigkeit zu Stande.

13. ÜBERTRAG DES ERTRAGSÜBERSCHUSS DER ERFOLGSRECHNUNG INS EIGENKAPITAL

Keine Wortmeldungen.

13.1 ABSTIMMUNG AUF BASIS VON ZIFFER 4 DES STADTRÄTLICHEN ANTRAGES

DAS STADTPARLAMENT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von Art. 21 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 398'000.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

Der Beschluss kam mit Einstimmigkeit zu Stande.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

14. KENNTNISNAHME AFP

Keine Wortmeldungen.

ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES AFP

DAS STADTPARLAMENT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von Art. 21 Ziff. 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Vom Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2023/2029 wird Kenntnis genommen.

Obenstehender Beschluss erfolgte mit einstimmigem Ergebnis.

15. SCHLUSSABSTIMMUNG

Über die gewonnene Fassung des Budgets

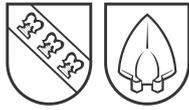
DAS STADTPARLAMENT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates (SRB-Nr. 2023-202 vom 5. Oktober 2023)
und in Kenntnis des Kommissionsberichtes der Rechnungsprüfungskommission vom 14. November 2023
sowie in Anwendung von Art. 21 Ziff. 2 der Gemeindeordnung -
nach gewalteter Detailberatung

BESCHLIESST:

- Das Budget 2024 über die Aufwendungen und Erträge in der Erfolgsrechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt.

– Erfolgsrechnung	Aufwand	Fr.	134'529'300.-
	Ertrag	Fr.	134'927'300.-
– Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	26'085'000.-
	Einnahmen	Fr.	3'747'000.-
– Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	670'000.-
	Einnahmen	Fr.	0.-
- Es werden keine Einlagen in Vorfinanzierungen oder in Finanzpolitische Reserven getätigt.
- Der Steuerfuss wird für das Jahr 2024 auf 110 % der einfachen Staatssteuer angesetzt.
- Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 398'000.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2023

GESCH.-NR. 2022-0811
BESCHLUSS-NR. 2023-39

5. Vom Aufgaben- und Finanzplan 2023 – 2027 und der Langfristperspektive 2028 - 2029 wird Kenntnis genommen.
- a. Gemäss § 10 Abs. 2 lit. a des kantonalen Gemeindegesetzes ist das Referendum gegen diesen Beschluss ausgeschlossen.
7. Gegen diesen Beschluss ist das fakultative Referendum ausgeschlossen.
8. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
9. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.

Obenstehender Beschluss erfolgte mit einstimmigem Ergebnis.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Stadtparlament Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 15.12.2023